

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2025 / Ausgabe 165 – 31. Januar 2025



SONDERAUSGABE

Migrationswende

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

die abscheuliche Mordtat von Aschaffenburg, bei der zwei kleine Kinder brutal mit einem Messer angegriffen wurden, erschüttert unser Land. Ein unschuldiges Kind und ein mutiger Helfer, selbst Familienvater, der Zivilcourage zeigte, mussten ihr Leben lassen. Diese Tat reiht sich ein in eine immer länger werdende Liste brutaler Gewaltverbrechen in Deutschland – Mannheim, Solingen, Magdeburg und Beelitz – das sind allein die Vorfälle der jüngsten Vergangenheit. Der Täter von Aschaffenburg: ein 28-jähriger afghanischer Asylbewerber ohne Schutzanspruch, ausreisepflichtig, mehrfach polizeibekannt wegen Gewaltdelikten, psychisch gestört – und dennoch weiterhin frei auf unseren Straßen. Das ist

nicht nur eine tragische Tat, sondern ein eklatantes Staatsversagen. Wer nicht bereit ist, diesen Zusammenhang klar zu benennen und endlich durchzugreifen, macht sich mitschuldig. Es darf nicht sein, dass wir immer wieder dieselben Muster erleben: ausreisepflichtige Straftäter, die im Land bleiben, weil eine rot-grüne Minderheit gesellschaftlich längst mehrheitsfähige Reformen mutwillig verwässert oder ganz blockiert. Das geht so nicht weiter! Sicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe – und sie muss endlich wieder ernst genommen werden. Wir sind es den Menschen in unserem Land schuldig, jetzt wirklich jeden Versuch zu unternehmen, die illegale Migration zu begrenzen! Die Zeit zu handeln ist jetzt!

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstrasse 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



In der letzten regulären Sitzungswoche der 20. Wahlperiode haben wir als Union in Konsequenz von Aschaffenburg zwei Anträge und einen bereits seit September in Beratung befindlichen Gesetzentwurf zur Abstimmung gestellt.

In unserem **Antrag „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“** greifen wir die zentralen Forderungen unseres Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz auf: Dauerhafte Grenzkontrollen an allen deutschen Staatsgrenzen und Zurückweisung ausnahmslos aller Versuche illegaler Einreise. Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, dürfen nicht mehr auf freiem Fuß sein. Sie müssen unmittelbar in Haft genommen werden. Der Bund soll die Länder beim Vollzug der Ausreisepflicht noch mehr als bisher unterstützen, indem Bundesausreisezentren geschaffen werden. Die Bundespolizei soll zudem die Befugnis erhalten, bei ausreisepflichtigen Personen auch selbst und unmittelbar Haftbefehle für Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam zu beantragen. Außerdem sollen ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder in einem zeitlich unbefristeten Ausreisearrest bleiben, bis sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren oder die Abschiebung vollzogen werden kann.

Mit unserem bereits nach dem Messeranschlag in Solingen eingebrachten Entwurf für ein **Zustrombegrenzungs-gesetz** schlagen wir drei zentrale, schnell wirksame Maßnahmen vor: Wir wollen das Rege-

lungsziel der „Begrenzung“ im Aufenthaltsgesetz wieder einführen. Das bedeutet, dass Behörden sich bei Ermessensentscheidungen im Aufenthaltsrecht gerade an dem Ziel der „Begrenzung“ der Migration orientieren müssen. Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten – also zu solchen Asylsuchenden, die nicht individuell verfolgt werden, sondern nur aufgrund der Verhältnisse im Heimatland vorübergehenden Schutz in Deutschland erhalten – wollen wir beenden. Überdies sollen die Kompetenzen der Bundespolizei beim Vollzug des Aufenthaltsrechts ausgeweitet werden. Diese Regelungen unseres Gesetzentwurfes wurden von den Ministerpräsidenten parteiübergreifend unterstützt.

Unser Antrag hat – gegen die Stimmen von Rot-Grün – eine Mehrheit im Deutschen Bundestag erhalten. Eine Mehrheit, die wir nicht aktiv gesucht haben, die aber gleichwohl die Mehrheitsauffassungen der Bürger in unserem Land widerspiegelt.

Entgegen der deutlichen Mehrheit in der Bevölkerung, ist es dem rot-grün-linken Block leider gelungen, unser **Zustrombegrenzungs-gesetz** zu blockieren. Das inhaltlich unstrittige Gesetz hätte zu echten Verbesserungen bei der Migrationsproblematik geführt. Diese Blockadehaltung, geboren aus ideologischer Verbohrtheit und Realitätsverweigerung, ist unerträglich und letztlich unhaltbar! Mit SPD und Grünen war und ist bei diesem Thema kein Staat zu machen. Kein Gesetz, keine Maßnahme, die

nicht komplett blockiert oder maximal verwässert wurde. In Bayern sabotieren die Grünen durch Tauschaktionen gar die gesetzlich eingeführte Bezahlkarte für Flüchtlinge. Ich kann nur dringlich an alle roten und grünen Mandatsträger appellieren, diesen Blockadekurs, der sich gegen die Mehrheit in unserem Land richtet, endlich aufzugeben!

Danach sieht es aber zumindest momentan nicht aus. Wenig überraschend wird der links-grüne Wahlkampf, bereits bisher kein Paradebeispiel für Fairness und das gerne links der Mitte vereinnahmte Wort „Respekt“, in den letzten Tagen immer schmutziger und persönlicher. Schon in den letzten Wochen wurden unsere Wahlplakate massenhaft zerstört. Jetzt werden CDU-Geschäftsstellen und Büros vom linksradikalen Antifa-Mob belagert, das Konrad-Adenauer-Haus wurde nach Sicherheitsbedenken der Berliner Polizei geräumt und eine Mitarbeiterin der CDU Rheinland-Pfalz wurde mit dem Tode bedroht. Das dürfte nur ein Vorgeschmack auf die Hetz- und Hasskampagne sein, die SPD und Grüne gegen uns als Union und unseren Kanzlerkandidaten Friedrich Merz in Gang setzen werden.

Das ist so schäbig wie erwartbar, aber davon lasse ich mich nicht beeindrucken! Tun Sie es bitte auch nicht.

Herzlichst Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>